

"Tendenz zum ökonomischen Imperialismus"

Der Trierer Bischof Reinhard Marx über Gerechtigkeit in Deutschland, Hartz IV und ein mögliches neues Steuersystem

von Gernot Facius

DIE WELT: Deutschland wird umgekrempelt. Manche befürchten eine totale Ökonomisierung. Ist die katholische Soziallehre tot?

Bischof Reinhard Marx: Es gibt eine Tendenz zum ökonomischen Imperialismus, der alles unter das Diktat der ökonomischen Interessen stellt. Ohne Ökonomie, das ist klar, funktioniert nichts. Aber man müßte auch aus langfristigen ökonomischen Gründen beachten, daß es nicht nur ökonomische Interessen gibt. Es geht auch um die immateriellen Ressourcen. Der soziale Friede, die Idee der Grundwerte, überhaupt das Gefühl der Zusammengehörigkeit, das alles gehört auch zum Leben. Reine Ökonomisierung ist nicht zukunftsfähig. So gesehen ist die katholische Soziallehre mit ihren Grundvorstellungen vom Zusammenleben höchst modern.

Die Welt: Muß man Gerechtigkeit heute anders buchstabieren als etwa beim Wiederaufbau?

Marx: Die Frage der Gerechtigkeit ist in diesem Zusammenhang erst einmal eine Frage an die Institutionen. In unserer Soziallehre kommt das Wort Gerechtigkeit so häufig gar nicht vor. Es ist eine grundsätzliche Leitidee, eine wichtige Orientierung, und die konkretisierenden Prinzipien wie Personalität, Subsidiarität und Solidarität müssen sie dann ausfüllen. Deshalb sagen wir auch, wir brauchen eine politische Gerechtigkeit. Die Rahmenordnung muß so sein, daß die Einzelnen gleiche Chancen bekommen, jeweils nach ihren Möglichkeiten. Dabei geht es um das Gemeinwohl. Gleichheit ist nicht das Thema.

Die Welt: Also muß man von der Fixierung auf Verteilungsgerechtigkeit abrücken ...

Marx: ... und das haben wir in unserem Wort "Das Soziale neu denken" gesagt: Wir brauchen eine Ergänzung im Blick auf Beteiligungsgerechtigkeit. Man muß Chancen eröffnen, die Menschen in die Lage versetzen, ihr Leben selber zu gestalten. Stichwort Familie, Bildung - Pisa hat ja gezeigt, wo die Defizite liegen. Diese Dinge werden im Augenblick, wo man sich auf die Reform der Sozialversicherungssysteme konzentriert, gar nicht angegangen. Es geht darum, die Gerechtigkeitsdebatte neu aufzurollen. Auch und vor allem im Blick auf die kommenden Generationen.

Die Welt: Aber die Kirche kann kein Urteil etwa über Hartz IV abgeben?

Marx: Nicht über alle Details. Die Reform des Arbeitsmarktes erscheint mir richtig, auch wenn die Folgen im einzelnen noch nicht absehbar sind. Deshalb sage ich: Es müssen zeitnah Korrekturen möglich sein.

Die Welt: Sie setzen Fragezeichen?

Marx: Ja. Was ist mit den Langzeitarbeitslosen und ihren Chancen? Was ist mit den Familien, werden sie überproportional benachteiligt? Welche Auswirkung wird die Anrechnung der Altersvorsorge haben? Für mich ist das alles noch nicht gelaufen, und auch die Fachleute sind sich da nicht in allem sicher.

Die Welt: Eine Alternative zu dieser Reform sehen Sie nicht?

Marx: Nein. Unser Sozialsystem ist für eine 20jährige Massenarbeitslosigkeit nicht gebaut. Da muß man eben neue Wege gehen und auch - für mich ist das ein ganz wichtiger Punkt - in öffentlich geförderte Arbeit investieren.

Die Welt: Der evangelische Präses Nikolaus Schneider meint, wir ertränken allmählich in Reformvorschlägen ...

Marx: Das habe ich auch schon gesagt. Salopp ausgedrückt: Es ist nicht gut, wenn jeden Monat eine neue Reformsau durchs Dorf getrieben wird, aber die großen angekündigten Reformen steckenbleiben, sich an der Gesamtarchitektur wenig ändert. Steuerreform zum Beispiel. Angekündigt, steckengeblieben. Gesundheitsreform, angekündigt und steckengeblieben. Alterssicherung, das gleiche. Die Bürger wissen nicht mehr, wo es langgeht.

Die Welt: Die Schere zwischen Arm und Reich hat sich weiter geöffnet. Gibt es dagegen eine Strategie?

Marx: Die Hauptstrategie muß sein, daß die Menschen Arbeit haben. Eine wesentliche Ursache dieser Armut ist die Arbeitslosigkeit. Deshalb bestehe ich darauf: Wir brauchen öffentlich geförderte Arbeit! Das zweite ist natürlich die Steuer. Ein modernes, effizientes Steuersystem halte ich für ein zentrales Thema der sozialen Gerechtigkeit. Diejenigen, die mehr haben oder mehr verdienen, müssen im Verhältnis zum Ganzen mehr aufbringen. Sie müssen es wirklich aufbringen. Wir haben zwar hohe Steuersätze, aber was real bezahlt wird, das ist doch eine ganz andere Sache. Wo 30 Prozent draufsteht, muß auch 30 Prozent reinkommen.

Die Welt: Mit der Forderung nach öffentlich geförderter Arbeit werden Sie aber bei der Politik schnell auflaufen?

Marx: Ich gebe zu, daß das schwierig ist. Aber was ist die Alternative? Es ist immer noch besser, in Arbeit zu investieren als in Arbeitslosigkeit. Praktisch haben wir ja schon Einstiegsmöglichkeiten. Die Ein-Euro-Jobs etwa. Natürlich wäre es besser, alle Arbeitslosen im ersten Arbeitsmarkt unterzubringen. Aber wie soll das möglich sein? Meine Forderung nach öffentlich geförderter Arbeit beschreibt keinen Königsweg, aber das Thema darf jetzt nicht beiseite gedrängt werden.

Die Welt: Stichwort Integration. Was bedeutet das für Sie?

Marx: Auf jeden Fall nicht, daß Menschen, die aus anderen Ländern zu uns kommen, gezwungen werden, ihre eigene Kultur einfach abzulegen. Sie müssen die Freiheit haben, ihre kulturellen, auch religiösen Vorstellungen zu bewahren. Im Rahmen der Gesetze. Der Staat als der große Educateur, der große Erzieher, diese Vorstellung ist mir fremd.

Die Welt: Wären die Bischöfe bereit, Forderungen nach Moscheebauten zu unterstützen?

Marx: Jedenfalls werden wir Moscheebauten nicht verhindern. Man kann nicht sagen: Ihr Moslems seid zwar hier, aber bitte bleibt schön im Schatten! Diese Menschen haben ein vom Grundgesetz verbrieftes Recht, ihre Religion zu leben. Und wir wollen alles tun, daß die Gruppen gestärkt werden, die sich an unsere Gesetze und Vorstellungen von Menschenrechten halten. Und ich bin überzeugt, daß das für die meisten gilt. Grundsätzlich zu meinen, der Islam sei mit der Demokratie nicht vereinbar, wäre abwegig. Da muß man sehr genau hinschauen und differenzieren.

Die Welt: Was war im Umgang mit Moslems falsch?

Marx: Man hat sich oft zu naiv verhalten, etwa nach dem Motto: Sobald du zugewandert bist, bist du eigentlich schon ein guter Mensch. Eine hochgradige Naivität und Sozialromantik, die ich nie geteilt habe. Ich glaube, die katholische Kirche ist da nüchtern genug. Sie ist ohnehin multikulturell, sie hat keine Angst vor anderen Kulturen und Nationen. Sie weiß aus dem Zusammenleben mit dem Islam im Orient sehr gut, wo die Grenzen zu ziehen sind.

Artikel erschienen am Di, 1. Februar 2005